

Artikel vom 25.04.2022

Drohende Arzneimittelengpässe

Holetschek: Bund muss Deutschland besser wappnen



Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat die Bundesregierung aufgefordert, Deutschland besser gegen Arzneimittelengpässe zu wappnen. Holetschek: „Immer wieder kommt es in Deutschland bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln zu Liefer- und Versorgungsengpässen. Die Corona-Pandemie und der unlängst aufgetretene Engpass bei tamoxifenhaltigen Arzneimitteln haben nochmal verdeutlicht, dass wir uns bei der Arzneimittelversorgung dringend besser aufstellen müssen.“

Der Minister erläuterte: „Bayern setzt sich schon lange im Rahmen des Bayerischen Pharmagipfels dafür ein, Engpässe zu bekämpfen und die Versorgungssicherheit zu stärken. Wir haben bereits mehrfach konkrete Forderungen an den Bund gerichtet. Es kann und darf nicht sein, dass unsere Bürgerinnen und Bürger von einer Apotheke zur nächsten laufen müssen, bis sie irgendwo ihre Medikamente bekommen. Gerade bei Menschen mit akuten, aber auch mit chronischen Erkrankungen ist das eine unnötige zusätzliche Belastung.“

Der Minister unterstrich: „Wir müssen jetzt handeln, um weiteren Lieferengpässen vorbeugen zu können. Wichtig ist vor allem, heimatnahe Produktionen – sei es nun in Bayern, Deutschland oder in der EU – zu stärken und zu fördern. Denn lange Lieferketten sind anfällig für Störungen. Kommt es zu Produktionsproblemen, müssen die Ausfälle durch andere Hersteller kompensiert werden können. Dafür müssen wir auch die Bürokratie abbauen und innereuropäische Produktionen

beispielsweise bei der Vergabe von Rabattverträgen besonders berücksichtigen.“

Holetschek ergänzte: „So muss eine verpflichtende Mehrfachvergabe im generischen Bereich eingeführt werden. Nur so können Ausfälle einzelner Hersteller im Notfall leichter kompensiert werden.“ Der Minister forderte zudem: „Wir müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Preiserstattung in der gesetzlichen Krankenversicherung auf den Prüfstand stellen. Eine Vielzahl an Preisregulierungen führt dazu, dass Hersteller ihre Produktion außerhalb von Europa verlagern, um Kosten zu sparen. Das belegt auch unser Gutachten von 2021: Relevante Arzneimittel mit chemisch-synthetischen Wirkstoffen werden zu einem Großteil nicht in Europa, sondern in Asien produziert. Das kann sich mittelbar auf unsere Versorgung auswirken.“

Holetschek: „Wir müssen die Arzneimittelversorgung auch in Zukunft sichern. Dabei sind vor allem die Bundesregierung und die EU gefordert. Es darf nicht so weit kommen, dass Erkrankungen wegen Lieferengpässen bei den Arzneimitteln nicht behandelt werden können oder Schmerzen nicht gelindert werden können.“